

päischen Sicherheit, Karlovy Vary 1967 : Vertreter von 25 kommunistischen und Arbeiterparteien Europas berieten über die Gewährleistung der —\*■ *europäischen Sicherheit* und beschlossen ein Aktionsprogramm »Für den Frieden und die Sicherheit in Europa«, das als Hauptziel die Schaffung eines Systems der —\* *kollektiven Sicherheit* auf der Grundlage der —\*• *friedlichen Koexistenz* beinhaltet. Dem aggressiven Kurs des Imperialismus setzten die Konferenzteilnehmer eine auf Entspannung, Sicherheit und Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen gerichtete Politik entgegen. Sie gingen davon aus, daß durch das zugunsten der Kräfte des Friedens und des Sozialismus veränderte Kräfteverhältnis günstigere Bedingungen für die Vertiefung der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und damit für die Festigung des Friedens bestehen. Mit einem Appell wandten sie sich an die Arbeiterklasse, die Bauernschaft, die Mittelschichten, die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien, die Gewerkschaften, die Gläubigen aller Konfessionen, die Intelligenz, die junge Generation und die Frauen, sich zusammenzuschließen und in jedem Land sowie auf kontinentaler Ebene breite Massenaktionen für Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu organisieren. Die K. unterstützte die von der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Vertrages 1966 in Bukarest beschlossene »Deklaration über die Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa«. Die K. charakterisierte die friedensgefährdende Politik des BRD-Imperialismus und forderte die Anerkennung der europäischen Nachkriegsgrenzen und der Existenz zweier souveräner deutscher Staaten, einschließlich des Verzichts der BRD auf die aggressive Alleinvertretungsan-

ßung, die Verhinderung des Zugangs der BRD zu Kernwaffen sowie die Ungültigkeitserklärung des Münchener Abkommens von Anfang an. Die K. betonte, daß Westberlin kein Bestandteil der Bundesrepublik ist und nicht von ihr regiert werden darf. Sie würdigte die Friedenspolitik der DDR und erklärte den Kampf um ihre internationale Anerkennung und die Verteidigung ihrer Rechte zu einer erstrangigen Frage. Im Aktionsprogramm wurden weitere Vorschläge für die Festigung der europäischen Sicherheit unterbreitet, z. B. der Abschluß eines Vertrages zwischen allen europäischen Staaten über den Verzicht auf Anwendung und Androhung von Gewalt in den gegenseitigen Beziehungen sowie über die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten anderer Länder. Betont wurde die Notwendigkeit, die Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten einschließlich zwischen der DDR und der BRD und Westberlin zu normalisieren. Im Aktionsprogramm ist der Vorschlag enthalten, einen Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen abzuschließen, gleichberechtigte Wirtschaftsbeziehungen herzustellen und über Abrüstungsmaßnahmen übereinzukommen. Es wurde angeregt, atomwaffenfreie Zonen, Zonen »verdünnter« und »eingefrorener« Rüstungen sowie Zonen des Friedens und der Zusammenarbeit in verschiedenen europäischen Regionen zu schaffen. Die K. unterstützte die Initiative der sozialistischen Staaten, eine Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa einzuberufen. Die K. trug zur weiteren Festigung der Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Bewegung in Europa bei und gab dem Kampf um europäische Sicherheit bedeutsame Impulse. —\* *Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas, Berlin 1976*